

K Y[YU g'XYf ð`Y[U]h hXi fW 'XJY5 fVY]hUa '6 Y]gdJY'j cb': fUb_fY]W "

Vergleich mit Deutschland



Demonstration illegaler Migranten in Paris, 2008
(Flickr CC/ Philippe Leroyer)

Der folgende Beitrag wurde im Rahmen meiner Lehrtätigkeit an der Universität Rostock verfasst. Im Juni 2010 habe ich am Institut für Romanistik einen Projekttag zur Illegalität in Frankreich und in Italien initiiert und mitgestaltet. Nach meinem Vortrag und der Analyse von Filmbeispielen haben die Studierenden an einer Diskussionsrunde teilgenommen. Da ich auch die Möglichkeit hatte, ein Jahr lang für eine Beratungsstelle in München mitzuwirken, nämlich beim Café 104, einer Anlaufstelle für nicht-dokumentierte Personen

(medizinische Versorgung, juristische und soziale Beratung) habe ich mich dazu entschieden, die Situationen in Frankreich und in Deutschland miteinander zu vergleichen. Dabei ist mir bewusst, dass die Streikbewegung in Frankreich ganz besonders stark verankert ist und die Gewerkschaften und Rechtssysteme beider Länder Unterschiede aufweisen. Es geht mir in erster Linie darum, die sozialen und politischen Verantwortungsträger in Deutschland dazu zu bewegen, rechtliche Lösungen im Sinne einer Legalisierung der illegalen Arbeiter zu konzipieren. Wenn wir in Deutschland diesen Menschen eine langfristige und würdige Perspektive ermöglichen wollen, damit sie sich sozial und wirtschaftlich integrieren können, sollten alle Akteure, nämlich die Gewerkschaften, die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerschaften, die politischen Parteien und die Menschenrechtsorganisationen zusammenarbeiten.

Wege aus der Illegalität in Frankreich

Von der kolonialen zur Einwanderungspolitik Frankreichs

In Frankreich lautet der politische Diskurs: wegen der hohen Arbeitslosigkeit gäbe es keinen Platz für nicht-dokumentierte Personen. Sie würden angeblich unsere Sozialversicherung gefährden.

In Wahrheit sind illegale Arbeiter eine billige und flexible Arbeitskraft in manchen Bereichen, wie z. B. in der Gastronomie, im Baugewerbe und Hoch- und Tiefbau sowie in Privathaushalten nicht mehr wegzudenken. Ihre billigen Löhne schaffen niedrige Preise, wovon alle Mitbürger als Verbraucher profitieren. Diese niedrigen Preise kurbeln die Produktion an und schaffen auch zusätzliche Arbeitsplätze.

Da in Frankreich Menschen in der Illegalität der Ausländerbehörde Beweise für ihr Arbeitsverhältnis bringen müssen, um eine Aufenthaltsgenehmigung zu erhalten, sind sie gezwungen wie andere Arbeitnehmer soziale Beiträge zu zahlen, können aber nicht ihre sozialen Ansprüche beim Sozialamt gelten lassen, ohne die Abschiebung in Kauf nehmen zu müssen.

Dem Staat ist es bewusst, dass illegale Arbeiter ihre Familie in der Heimat finanziell unterstützen und dass die niedrigen Löhne durch den Abzug der sozialen Beiträge deutlich beeinträchtigt werden. Der

Staat bereichert sich daran und versucht mit ein bisschen humanitärer Hilfe in den Entwicklungsländern ein gutes Gewissen zu bekommen. Nun sind die Überweisungen der illegalen Arbeiter dreimal höher als die humanitäre Hilfe!

Deshalb vergleichen viele Menschen in der Illegalität ihre Ausbeutung in Frankreich mit der wirtschaftspolitischen Ausnutzung der ehemaligen Kolonien Frankreichs.

Tatsächlich machen E.U.- Länder die lokale Wirtschaft dieser Entwicklungsländer pleite, indem sie mit Dumpingpreisen die lokalen Produzenten außer Gefecht setzen, wie z. B. die Kleinbauern durch den Export von E.U.-Hähnchen. Wenn sich diese Länder mit erhöhten Importsteuern dagegen wehren wollen, werden sie von dem IWF, dem Weltwirtschaftsverband und der Weltbank unter Druck gesetzt. Sie drohen diesen Ländern, ihnen weniger Kreditvolumen zur Verfügung zu stellen. Kreditvolumen, das diese Länder brauchen, um die Zinsen für ihre Schulden zu zahlen. Dadurch werden sie gezwungen ihre lokalen Märkte zu öffnen. Man muss dazu sagen, dass 85 % dieser Hähnchen-Exporte für den Verzehr nicht ungefährlich sind und in Europa nicht verkauft werden dürften.

Seit 50 Jahren unterstützt Frankreich Diktatoren in Afrika (wie z.B. in Gabun), um die Energiequellen für seine Wirtschaft zu sichern. Solche Länder kümmern sich nicht um die Belange ihrer Bevölkerung und deren Staatsmänner lassen sich von Frankreich mit Provisionen für den Erfolg der Geschäftsabwicklungen bestechen. Korruption und Armut herrschen in der breiten Bevölkerung. Infolgedessen reisen diese armen Menschen nach Frankreich illegal ein, um die Existenz ihrer Familie zu sichern und sich selbst zu verwirklichen.

Jene illegalen Arbeiter aus den ehemaligen Kolonien Frankreichs fühlen sich als Opfer dieser neokolonialen Politik und wünschen sich in Frankreich eine Gleichbehandlung für ihre sozialen und Arbeitsrechte.

Für Menschen aus den ehemaligen Kolonien Frankreichs, die in der Illegalität leben, geht es nicht um eine Wiedergutmachung in Verbindung mit der Kolonialzeit, sondern um eine Gleichbehandlung, die durch die Vergangenheitsbewältigung begründet und berechtigt ist.

„Warum dürfen die Weißen bei uns einreisen und wir bei Ihnen nicht?“

Mit seiner neokolonialen Wirtschaftspolitik in Afrika trägt Frankreich dazu bei, die Armut in diesen Entwicklungsländern auszuweiten und begünstigt dadurch eine konstant hohe illegale Einwanderung (jährlich circa 300 000 Menschen).

„Ein großer Teil unserer Reichtümer kommt aus der jahrhundertlangen Ausbeutung Afrikas. Es wäre dann sinnvoll und gerecht, Ihnen etwas davon zurückzugeben“ (J. Chirac)

Indem die Industrieländer die Auswanderungsländer in Afrika wirtschaftlich von sich abhängig machen, sind sie dementsprechend weitgehend für diese Auswanderungswelle verantwortlich, die sie übrigens stets verurteilen. Seit Jahrhunderten verfügen jene europäischen Länder in Afrika über Energiequellen und Arbeitskraft je nach Bedarf, und zwar mit dem Einverständnis dieser korrupten Regierungen, die ihrerseits den europäischen weltweit agierenden Konzernen den Zugang zu ihren Energiequellen ermöglichen. Diese Konzerne haben sowohl das Monopol der neuen Technologien als auch das der Investitionsanlagen und der Weltproduktion inne.

Wege aus der Illegalität durch die Arbeit

Seit Mitte der neunziger Jahre hat sich in Frankreich ein Netzwerk aufgebaut, um die „sans papiers“ zu unterstützen. Dabei sind auch Initiativen von den sogenannten „sans papiers“ selbst, die in Frankreich Informationen austauschen. Die Streikbewegung von Saint Bernard 1996 war ein Schlüsselerlebnis, um das Bild der nicht-dokumentierten Personen als „blinde Passagiere“ zu revidieren, denn die Streikenden haben sich als Menschen ohne geregelten Aufenthaltsstatus dargestellt, d.h. es sind Individuen, die sich in die französische Gesellschaft integrieren möchten. Die meisten von ihnen haben dann einen Aufenthaltstitel erhalten.

Durch diesen Streik war es ihnen gelungen, von der Politik überhaupt wahrgenommen zu werden.

2006 wird das UCIJ (Collectif Unis contre une immigration choisie), eine Vereinigung von circa 820 Vereinen, gegründet; sie stellt Sarkozys Einwanderungspolitik der selektiven Einwanderung an den Pranger (weniger Familienzusammenführung, mehr arbeitsorientierte Einwanderung).

2006 (*Modeluxe*) und dann 2007 (*Buffalo Grill*) erfolgen die ersten Streiks mit Besetzung der Unternehmen. Es ist ein Erfolg, denn alle Streikenden erhalten einen Aufenthaltstitel „vie privée- vie familiale“.

2008 veröffentlichen einige Vereine vom UCIJ eine vierseitige Broschüre: *„sans papiers“, lasst uns für unsere Arbeitsrechte kämpfen.*

Illegale Arbeiter werden häufig unter einem falschen Namen beschäftigt. Durch Gehaltsabrechnungen und Steuererklärungen beweisen „illegale“ Arbeiter, dass sie integriert, aber ohne Aufenthaltstitel sind. Es geht darum, bewusst zu machen, dass die Legalisierung der „sans papiers“ allen Arbeitnehmern zu Gute kommt, denn diese würde die Arbeitgeber daran hindern, die Löhne niedrig zu halten. Wenn sie sich der Arbeiterschaft anschließen, wird die Konkurrenz innerhalb aller Arbeitnehmer geringer.

Es ist dieser Widerspruch zwischen Integration und Ausschluss, der die Streikbewegung berechtigt: Illegale Arbeiter sind einerseits integriert, da sie ihre sozialen Beiträge und Steuern zahlen, jedoch andererseits von der Gesellschaft ausgeschlossen, da sie keinen gültigen Aufenthaltsstatus haben.

Es geht zuerst darum, seine Rechte wahrzunehmen, um sie dann einzufordern.

„Warum hast du dich entschieden mitzustreiken?“ fragt ein Journalist einen Streikenden,

„Ich wollte mit der Schwarzarbeit aufhören, meine Beiträge wie alle anderen Arbeitnehmer auch zahlen, eine Rente und eine Wohnung für mich auf meinen Namen haben.“

Die Streikbewegung macht die illegalen Arbeiter sichtbar, was nötig ist, um aus ihrer Lage ohne Aufenthaltsstatus und ohne Arbeitsrechte herauszukommen.

Raus aus den Küchen, aus Baustellen, Hotels, um ihre Machtlosigkeit angesichts der Willkür der Arbeitgeber zu beklagen.

Am 20. November 2007 wird das Gesetz „Hortefeux“ mit dem Absatz 40 verabschiedet: Es geht um eine wichtige Änderung des Ausländergesetzes (Ceseda: code d'entrée et de séjour des étrangers et des demandeurs d'asile), nämlich die Möglichkeit einer „Aufenthaltsgenehmigung für den Arbeitnehmer, der von seinem Arbeitgeber beantragt wird.“ Diese Maßnahme betrifft vor allem Beschäftigungssektoren wie die Gastronomie, das Baugewerbe, Privathaushalte und Reinigungskräfte, d.h. Sektoren, die einen großen Bedarf an Arbeitskräften haben und in denen die meisten Menschen in der Illegalität arbeiten. Zusätzlich zum Auswahlkriterium des Beschäftigungssektors kommen 5 Jahre Mindestaufenthalt in Frankreich, ein Jahr Berufserfahrung beim Antrag stellenden Arbeitgeber und ein Arbeitsvertrag für mindestens ein Jahr hinzu.

Diese Änderung in der Einwanderungspolitik Frankreichs bringt die Streikbewegung der illegalen Arbeiter wieder in Gang.

Die Gewerkschaften, vor allem CGT (links), unterstützen und koordinieren die Streikbewegungen und die Medien berichten auch darüber. Für die Öffentlichkeit sind die illegalen Arbeiter inzwischen zu gleichberechtigten Arbeitnehmern geworden. Sie haben wie alle Arbeitnehmer in Frankreich auch das Streikrecht. In Frankreich wird dieses Recht respektiert und die Politik vermeidet die Intervention der Polizei bei gewerkschaftlichen Streiks mit Besetzung der Firmen.

Am 15. April 2008 beginnt eine Reihe von Streiks in verschiedenen Unternehmen, in denen illegale Arbeiter beschäftigt werden. Am 20. Mai desselben Jahres fängt eine neue Streikwelle an. Aus diesen Streiks ergibt sich für circa 2800 illegale Arbeiter ein Aufenthaltstitel „salaré“ auf ein Jahr befristet.

Für die Medien und die Öffentlichkeit wird die Streikbewegung der illegalen Arbeiter Teil des gewerkschaftlichen Kampfs um ihre Arbeitsrechte innerhalb eines Klassenkampfes: wichtig ist dabei eine Verbindung zwischen den Arbeitnehmern ohne und mit Aufenthaltstitel zu schaffen, um die Arbeitgeber unter Druck zu setzen. Dadurch werden jene Arbeitgeber gezwungen, Aufenthaltstitel für ihre illegalen Arbeiter zu beantragen.

Es werden immer mehr illegale Arbeiter, die die Legalisierung ihrer Situation mit einem Streik erzwingen wollen und darunter nicht nur Menschen mit einem unbefristeten Arbeitsverhältnis, auch mit einem befristeten oder sogar in Zeitarbeit. Nichtsdestoweniger ist nur ein Bruchteil der „sans papiers“ in der Lage überhaupt zu streiken. Schwarzarbeiter oder Menschen, die in ihrem Unternehmen allein sind, können dies z.B. nicht. Dazu kommt der monatelange Aufwand, der nötig ist, um zu überprüfen, ob die Aufenthaltsgenehmigung auch wirklich ausgestellt wird. Gewerkschaftler und ehrenamtliche Mitarbeiter der Nicht-Regierungsorganisationen überprüfen das bei der Ausländerbehörde.

Im Herbst 2009 (12.X) beginnt eine neue Initiative von 11 Vereinigungen, nämlich 5 Gewerkschaften: CGT, CFDT, FSU, Solidaires, Unsa und 6 Vereine: „Autre Monde“, „Cimade“, „Droits devant!“, „Femmes égalité“, LDH und RESF). Dabei geht es nicht mehr allein um die Legalisierung der illegalen Arbeiter sondern um klare Kriterien für den Erwerb eines Aufenthaltstitels. Kriterien, die der Willkür der Ausländerbehörde ein Ende setzen. Hiermit sollen illegale Zeitarbeiter, Schwarzarbeiter und die Privathaushaltsberufe mitberücksichtigt werden.

Bis zu 6000 Streikende unterstützen diese Bewegung ohne zuerst etwas beim Einwanderungsminister bewirken zu können. Dann ändern sie ihre Strategie und wenden sich direkt an den Arbeitsminister, an die Arbeitgeberschaft und an große Unternehmen.

Am 10. März 2010 werden die Verhandlungen mit einem gemeinsamen Entschluss beendet, aber die Regierung ändert ihre Kriterien nicht, erkennt lediglich die Schwierigkeit bei ihrer Anwendung an. Die Streikbewegung hält an.

„Sans papiers“ demonstrieren gegen ihre Arbeitgeber, damit sie bei der Ausländerbehörde ihre Legalisierung beantragen. Aber der Staat allein entscheidet, ob diese Anträge angenommen werden oder nicht, d.h. der Staat ist hier der Gegner der Demonstranten und die Arbeitgeber werden dabei instrumentalisiert, um die staatliche Macht anzufechten: Der Staat hat das Monopol über die Aufenthaltstitel.

Widersprüche des gewerkschaftlichen Engagements

Die Mitberücksichtigung der illegalen Zeitarbeiter in den Kriterien zur Antragsstellung eines Aufenthaltstitels durch den Arbeitgeber ist eine Errungenschaft der Streikenden, denn es ist die Anerkennung des Fortbestehens jenes Status'. Jedoch ist die Zeitarbeit als Arbeitsmodus für die Gewerkschaften immer ein Grund zu demonstrieren gewesen, und wenn sich nun die Gewerkschaften für die Legalisierung der Zeitarbeiter einsetzen, heißt es, dass sie auch die Zeitarbeit als solche anerkennen.

Als Beispiel dafür war es dem Streik der Zeitarbeiter von *Man BTP* (Baugewerbe) gelungen, Zeitarbeiter arbeitsrechtlich zu schützen ohne diesen Arbeitsstatus anzuerkennen, indem es ihnen gelungen war, 35 Zeitarbeiter in einem unbefristeten Arbeitsverhältnis größeren Firmen der Baubranche zu vermitteln. Dagegen wurden die anderen Zeitarbeiter auf einer Zeitarbeit-Basis legalisiert, d.h. mit einem Aufenthaltstitel auf ein Jahr befristet und einem monatlichen Mindestlohn. Infolgedessen sind diese Arbeiter zwar legalisiert aber bleiben als Zeitarbeiter verstärkt abhängig von ihrer Zeitarbeitsfirma.

Bis 2008 wurde die „selektive Einwanderung“ von der Initiative UCIJ kritisiert und dann auf einmal die „Nützlichkeit“ der Arbeit von „sans papiers“ als Argument zur Legalisierung in den Vordergrund gestellt.

Es war eigentlich der Aktionismus der Arbeitgeberschaft und der Regierung, der das Leitmotiv dieser neuen Strategie der Streikenden wurde.

Heißt es, dass die Gewerkschaften ihren Beitrag zur heutigen selektiven Einwanderungspolitik geliefert haben?

Manche Gewerkschaftler haben das Gefühl, die Arbeit der Ausländerbehörde zu unterstützen, und zwar beim Dokumentieren von illegalen Arbeitern mitzumachen und noch dazu vor allem ihre Ansprüche zur Legalisierung niedriger zu stellen.

Schlussfolgerung

Sind Streiks der illegalen Arbeiter auch in Deutschland vorstellbar? Wäre das Gesetz „Hortefeux“ auch in Deutschland möglich? Man müsste die Politiker, die Gewerkschaften und die Menschenrechtsorganisationen an einen Tisch bringen.

Erstes Problem: In Deutschland werden illegale Arbeiter nicht als Arbeiter ohne Aufenthaltsstatus, die gleichberechtigte Arbeitnehmer sind, wahrgenommen, sondern eher als blinde Passagiere, Schmarotzer, Wirtschaftsflüchtlinge, die die Löhne niedrig halten und dabei mit den „legalen“ Arbeitnehmern konkurrieren und auf diese Weise den Deutschen Arbeitsplätze wegnehmen.

Es wäre eigentlich die Aufgabe der Gewerkschaften, die Kommunikation unter Arbeitnehmern mit und ohne Aufenthaltstitel zu fördern, um ein Zusammengehörigkeitsgefühl zu entwickeln, das zu mehr Solidarität, mehr Mitgefühl und sozialem Engagement für die illegalen Arbeiter führen würde. Die Gewerkschaften in Deutschland interessieren sich bekanntermaßen mehr für den Dialog mit den Arbeitgebern, um einen Konsens im Sinne beider Parteien zu finden und vermeiden bekanntlich Streiks, die die Produktion bremsen und die Existenz der Firmen bedrohen. Jedoch bieten die deutschen Gewerkschaften anonyme juristische Beratungen für illegale Arbeiter an, was von der E.U. gefördert wird. Hier bewegt sich auch allmählich etwas auf europäischer Ebene. Durch die Aufklärung und die Abschaffung der Meldepflicht bei arbeitsgerichtlichen Verhandlungen sollten illegale Arbeiter ihre Arbeitsrechte wahrnehmen. In Deutschland werden ohnehin illegale Arbeiter als Kläger geschützt und ihre Daten an die Polizei bzw. an die Ausländerbehörde nicht weitergeleitet.

Zweites Problem: Die Einwanderungspolitik in Deutschland ist wie in Frankreich auf eine selektive Einwanderung ausgerichtet, charakterisiert durch den Bedarf an Arbeitskräften in bestimmten Bereichen. Illegale Arbeiter werden nicht als Menschen in Not wahrgenommen, als Menschen, die sich integrieren wollen, die Arbeitnehmer sind und soziale Beiträge und Steuern zahlen, sondern als Menschen in der Illegalität, die eine Bedrohung für die Gesellschaft darstellen und deshalb abzuschieben sind. Deswegen ist es kaum vorstellbar in Deutschland ein solches Gesetz zu verabschieden. Außerdem sollen vor allem Einheimischen die Arbeitsplätze in Beschäftigungssektoren mit großem Bedarf vorbehalten bleiben.

Manche argumentieren auch folgendermaßen gegen die Legalisierung: Wenn es weniger illegale Beschäftigte gäbe, würden die Löhne höher. Das hätte dann weniger Arbeitsplätze und dementsprechend weniger Produktion und Umsatz zur Folge, was dann höhere Preise und weniger Verbrauch bedeuten würde. Da wir Verbraucher alle von der Ausbeutung der illegalen Arbeiter profitieren, müssen wir alle umdenken und mehr ins Portemonnaie greifen.

Deutschland braucht die illegalen Einwanderer, da das Land eine zu niedrige Geburtenrate verzeichnet und die Menschen hierzulande entsprechend älter werden und immer weniger Arbeitnehmer das Rentensystem mittragen, d.h. wir brauchen in Deutschland illegale Arbeiter, die sich integrieren wollen und ihre sozialen Beiträge und Steuern zahlen.

Infolgedessen sollte die Politik in Deutschland ein „Gesetz Hortefeux“ wie in Frankreich verabschieden, um den illegalen Arbeitern einen Weg aus der Illegalität zu ermöglichen und sie würdevoll als Menschen mit Arbeits- und Sozialrechten ausstatten.

Menschenrechtsorganisationen sollten als Vermittler dabei fungieren, die illegalen Arbeiter als Initiativen, Vereine, Gruppierungen zusammenzubringen, damit sie sichtbar werden und ihre Meinung in der deutschen Medienlandschaft zum Ausdruck bringen können. Sie sollten ihre Arbeits-

und Sozialrechte wahrnehmen und zusammen mit den Gewerkschaften und der Politik die Mitbürger und Wähler vor diese Herausforderung stellen: mit den illegalen Arbeitern von heute das Deutschland von morgen mitzugestalten.